

**Für Volkseinheit und Völkerverständigung  
August Messers Zeitschrift "Die Schule".  
von Ernst Dieter Nees**

August Messer, seit 1910 Ordinarius für Philosophie und Pädagogik an der Hessischen Landesuniversität in Gießen, gehörte nicht zu den Hochschul-  
lehrern, die in Zurückgezogenheit totale Konzentration auf Wissenschaft und  
Forschung bevorzugten und dabei vielfach den Bezug zur alltäglichen  
Lebenswirklichkeit mit ihren gesellschaftlichen und politischen Problemen  
verloren. Er bemühte sich stets, Zeitfragen gegenüber offen zu bleiben,  
außerdem in seiner wissenschaftlichen Tätigkeit die Synthesis theoretischer  
und praktischer Aspekte anzustreben. Dies mag nicht zuletzt darin begründet  
gewesen sein, daß er als Gymnasiallehrer seinen Weg zur Universität fand<sup>1</sup>.

Messer hat sich nach dem Umbruch von 1918 ohne Einschränkung zur  
Republik bekannt und war bereit, aktiv bei der Festigung und Ausgestaltung  
des neuen politischen Systems auf seine Weise mitzuarbeiten. Am 2. Juni 1919  
wurde er (unter Fortführung seiner Gießener Universitätsverpflichtungen) mit  
Verleihung des Titels "Oberschulrat" zum außerordentlichen Mitglied der  
Schulabteilung des Hessischen Landesamtes für das Bildungswesen ernannt<sup>2</sup>.  
Ihm kam wohl im wesentlichen die Funktion eines Beraters in Volks-  
hochschulangelegenheiten zu. In der Erwachsenenbildung sah er die Mög-  
lichkeit, gerade in einer Umbruchszeit Orientierungshilfe zu leisten, ferner eine  
Chance, Selbständigkeitswerdung und Selbstbestimmung des Einzelnen zu  
fördern. Die Volkshochschulen sollten "die Gegensätze sozialer, politischer  
und religiöser Art mildern, Achtung vor der Arbeit und Meinung des Mit-  
menschen erwecken, (...) eine neue geistige Volksgemeinschaft schaffen"<sup>3</sup>. Er  
arbeitete mit der Hessischen Zentralstelle zur Förderung der Volksbildung und  
Jugendpflege eng zusammen, beteiligte sich mit Referaten beispielsweise an  
der Württembergisch-Hessischen Führertagung für Volksbildner im August  
1920 in Friedrichshafen, an der Rhein Hessischen Volksbildungswoche der  
Zentralstelle im Dezember 1920 in Mainz oder am Gießener Lehrgang zur  
Einführung in die Jugendwohlfahrt im Mai 1926<sup>4</sup>.

<sup>1</sup> Daten zur persönlichen u. beruflichen Entwicklung, sowie Würdigung seiner wissenschaftlichen  
Leistung s. Gießener Gelehrte in der 1. Hälfte des 20. Jahrhunderts, herausg. von H.G. Gundel, P.  
Moraw, V. Press, Gießen 1982, 2. Teil S. 644f.; älter : W. Ziegenfuss / G. Jung: Philosophen-Lexikon  
Bd. 2, S. 153, Berlin 1950

<sup>2</sup> Hess. Regierungsblatt 1919, Beilage 7, S. 71; mit dem Präsidenten d. Hess. Landesamtes, Dr. Reinhard  
Strecker, verband ihn ein langjähriges, persönliches Freundschaftsverhältnis.

<sup>3</sup> Werbeblatt der VHS Gießen, Stadtarchiv Be 25a, b, c

<sup>4</sup> S. dazu: Zehn Jahre amtliche Volksbildung- und Jugendpflegearbeit in Hessen, Darmstadt 1928

In der Volkshochschule Gießen stellte er sich von Beginn an für Vorträge und Leitung von Arbeitsgemeinschaften zur Verfügung<sup>5</sup>.

Seiner Gesinnung entsprechend war August Messer führendes Mitglied des Deutschen Republikanischen Lehrerbundes und bereicherte die Aktivitäten der Ortsgruppe Gießen durch interne wie öffentliche Vorträge<sup>6</sup>. Nach eigenem Bekunden gehörte er keiner politischen Partei an, stand wohl aber der DDP nahe<sup>7</sup>.

1925 entschloß er sich, künftig zwei Zeitschriften herauszugeben: 'Philosophie und Leben'<sup>8</sup> und 'Die Schule'. Dieser "Monatsschrift für das gesamte deutsche Bildungswesen" widmet sich vorliegende Arbeit, indem sie versucht, deren grundsätzliche Zielrichtung und einzelne inhaltliche Schwerpunkte etwas genauer darzustellen. Bei der Auswahl dominierte der Gesichtspunkt, daß dadurch Messers eigenen Positionen möglichst deutlich werden sollten.

### Zu Zielsetzung und Aufbau der Zeitschrift

Als Messer im Heft 1 des ersten Jahrgangs der neuen Zeitschrift (1. Januar 1925) ihre Aufgabe skizzierte, hob er hervor, daß es zwar nicht an pädagogischen Blättern fehle<sup>9</sup>, sie sich jedoch fast alle nur direkt an Pädagogen wendeten, vom Fachjargon geprägt seien und gelegentlich vorwiegend regionale Bedeutung besäßen. Die 'Schule' wolle demgegenüber "alle deutschen Bildungs- und Schulfragen von allgemeiner Bedeutung" in einer auch für Nicht-Pädagogen verständlichen Form behandeln. Sie könne im gesamten Reichsgebiet Verbreitung finden, sogar darüber hinaus möglichst überall da, "wo Deutsche wohnen"<sup>10</sup>. Eltern sollten zu Wort kommen, "sei es um Erfahrungen an ihren Kindern mitzuteilen, sei es um Wünsche und Vorschläge darzulegen".

<sup>5</sup> Nachweis bei E.D. Nees: Die Hess. Zentralstelle für Volksbildung und Jugendpflege u. ihre Verbindungen zu Gießen, MOHG, Bd. 73, 1988, S. 207f.

<sup>6</sup> Beispiele: 15./22./29.6.1927 Vorträge: Die Staatsauffassung Kants, Fichtes u. Hegels u. die Beziehung zur Gegenwart; 15.11.1930: Vom Geist der Erziehung; 7.11.1931: Friedrich Wilhelm Foerster als polit. Erzieher. Messer plädierte entschieden dafür, "daß wir ... vor allem die Besetzung der leitenden Stellen mit fähigen Republikanern immer wieder fordern müssen", Der Wegwieser Juni 1927, S. 37.

<sup>7</sup> Versicherung, parteilos zu sein u.a. in Die Schule 1932, Heft 3, S. 33; E.R.Huber: Dt. Verfassungsgeschichte seit 1789, Stuttgart 1981, Bd. 6, S. 989 führt ihn fälschlicherweise in einer Liste sozialdemokratischer Hochschullehrer. Messer, von Friedrich Naumann stark beeinflusst, fühlte sich eher dem Liberalismus (DDP) verbunden.

<sup>8</sup> Reinhard Strecker charakterisierte sie folgendermaßen: "Es ist eine Zeitschrift, die tapfer u. gerade auf die großen sittlichen u. erkenntnistheoretischen Probleme unserer Zeit losgeht. Sie ist bemüht, bei allem Ernst u. bei aller Gründlichkeit eine Sprache zu sprechen, die jeder denkende Mensch begreifen kann" - in: Die Schule 1927, Heft 5, S. 66.

<sup>9</sup> Kürschners Dt. Gelehrten-Kalender von 1925 verzeichnet 22 wissenschaftliche Zeitschriften auf dem Gebiet des Erziehungs- u. Unterrichtswesens.

<sup>10</sup> Messer wollte ausdrücklich Österreich mit einbeziehen, er spricht deshalb von einem zentralen Organ für "All-Deutschland".

Zur Voraussetzung für umfassende Information gehörte nach Messers Überzeugung das Offensein gegenüber verschiedenen kulturpolitischen und pädagogischen Strömungen. "Indem unsere Zeitschrift so den einzelnen Richtungen Gelegenheit gibt, sich gegenseitig gleichsam aus erster Hand kennen zu lernen und in fruchtbaren Gedankenaustausch zu treten, soll sie der hochbedeutsamen Aufgabe dienen, die heute jedem Vaterlandsfreunde besonders am Herzen liegt, der inneren Einheit unseres Volkes bei der Arbeit des nationalen Aufbaus".

Das Ziel einer Einheit trotz Vielfalt der Meinungen stand für Messer so sehr im Vordergrund, daß er als Leitspruch jeder Ausgabe der Zeitschrift den Satz voranstellte: "Im Dienste der Volkseinheit erstrebt 'Die Schule' eine sachliche Aussprache aller pädagogischen Richtungen". Indes hieß das in seinem Sinn kein Streben nach bedingungsloser Aufhebung von Standpunkten, kein Einebnen von Gegensätzen, kein Herstellen einer falschen Harmonie. Es ging ihm darum, "daß wir - trotz sehr auseinandergehender Ansichten - uns als Volksgenossen gegenseitig ertragen und achten, vielleicht sogar lieben lernen, und daß wir neben dem Trennenden auch das Einende uns zum Bewußtsein bringen"<sup>11</sup>. Nach seiner Grundauffassung konnte sich das Miteinanderleben im republikanischen Staat nur bei gefestigter Bereitschaft zur Toleranz vollziehen, wodurch zugleich allein dem Einzelnen ausreichend Freiheit zur Selbstentfaltung gewährt werde. Die Deutschen müßten vielfach zunächst lernen, "die Ansichten gegnerischer Richtungen überhaupt erst einmal ruhig anzuhören und ehrlich zu prüfen, ob sie nicht auch dies oder jenes Berechtigte enthalten". Also Verständnis wecken für andere Positionen, Abbau von Vorurteilen, Abstandnehmen von reiner Emotionalität, dazu wollte 'Die Schule' ermuntern und anleiten. "Wir Deutsche sind leider noch viel zu sehr Gefühlsdenker. Wir müssen Sachdenker werden. Sonst kommen wir nie zusammen. Sonst werden wir immer in Gefahr sein, uns in blutigem Bruderkrieg zu zerfleischen"<sup>12</sup>. Streitfragen solle man nicht scheu und ängstlich meiden, sondern zum Gegenstand sachlicher Aussprache machen. Sachbezogen und konstruktiv müsse auch Kritik sein, denn ihr Sinn liege doch letztlich darin, bessere Verhältnisse herbeizuführen. "Ob die Kritik von Lehrern oder von Eltern kommt, von rechts oder links, von Liebhabern des Alten oder Vorkämpfern des Neuen, sie ist uns gleich willkommen"<sup>13</sup>. In ausdrücklichem Bekenntnis zu Pestalozzi glaubte Messer an die Möglichkeit des inneren Wiederaufbaus, der sittlichen Erneuerung des Volkes vermittels Erziehung. Er wußte, die "Bildung zur Menschlichkeit" durch Menschenbildung erforderte viel Geduld, Nachsicht, Menschenliebe. Dafür wollte er mit seiner Zeitschrift den Weg bereiten helfen.

<sup>11</sup> Die Schule 1925, Heft 2, S. 18; 1927, Heft 1, S. 1

<sup>12</sup> Die Schule 1927, Heft 1, S. 1

<sup>13</sup> Die Schule 1930, Heft 1, S. 1

'Die Schule' erschien im Verlag der westfälischen Buch- und Kunstdruckerei Gustav Thomas, Bielefeld. Vom Umfang her brachte es die einzelne Nummer durchschnittlich auf 15 Seiten im Format 30 zu 22,5 Zentimeter. Werbeanzeigen trugen dazu bei, die Finanzierung zu sichern. Die Einzelausgabe kostete 35 Pfennige, Abonnements waren möglich, Spenden willkommen. Die Stückzahl lag anfänglich bei 500 000 Exemplaren, für spätere Jahre sind keine Zahlen zu ermitteln.

Regelmäßig erfolgten kurze Buchbesprechungen, in erster Linie Neuerscheinungen auf den Gebieten Pädagogik, Philosophie, Psychologie und Geschichte. In Abständen informierte eine entsprechende Rubrik über Jugendbücher. Bei der Einteilung ausführlich darstellender Artikel unterschied Messer selbst zwischen Beiträgen praktisch-pädagogischen Charakters und solchen theoretisch-pädagogischen Inhalts, wobei eine Abgrenzung bisweilen schwierig war. Zu ersteren gehörten Aufsätze mit Themen, die sich in verschiedenen Jahrgängen wiederholten, wie etwa: "Soll man Kindern bei Schularbeiten helfen", "beziehungsweise einfacher: "Die häuslichen Arbeiten der Schulkinder" (1928, Heft 10; 1930 Hefte 9 und 10; 1931, Heft 5); ferner Überlegungen zum Problem "Sitzenbleiben" (1925, Heft 11; 1927, Heft 12; 1926, Heft 3) und Darlegungen mit medizinisch orientierten Themen, häufig von Ärzten verfaßt, zum Beispiel: "Nervosität im Kindesalter" (1929, Heft 4), "Das zerstreute Kind" (1930, Heft 6), "Das Kind im Pubertätsalter (1926, Hefte 1 und 5; 1928, Heft 10), "Das schüchterne Kind" (1930, Heft 6). Kritisch betrachtet wurde wiederholt die Art der Zeugniserteilung, besonders die Beurteilung von Schülerleistungen in Ziffern (unter anderem 1929, Heft 10; 1931, Heft 2), ebenso Schulreisen, beziehungsweise Klassenausflüge (1930, Heft 3,5 und 7; 1929 Heft 8). Größere und kleinere Serien beschäftigten sich beispielsweise mit den Fragen "Was wird unsere Tochter?" (in verschiedenen Heften der Jahrgänge 1927 und 1928<sup>14</sup> oder "In welche höhere Schule schicken wir unser Kind?" (Jahrgang 1930). Aufklärungsarbeit für Eltern sollte ebenfalls eine mehrteilige Folge leisten über den "Anfangsunterricht in der heutigen Schule" (verteilt in den Jahrgängen 1928 und 1929). Außerdem fehlten nicht Berichte über den Stand der Schulreform in Deutschland und Österreich<sup>15</sup>.

Die Autoren dieser Beiträge stammten größtenteils aus der Lehrerschaft, gelegentlich waren Mediziner, Juristen und Eltern vertreten. Messer verfaßte eine Serie "Zeitgenossen als Erzieher", in der von März 1931 bis Dezember 1933 folgende Persönlichkeiten behandelt wurden: Edwin Dwinger (Schriftsteller), Gerhard Roßbach (Freikorpsführer), Georg Bonne (Militärarzt, Schrift-

<sup>14</sup> Die Autorin stellte für Schulabgängerinnen eine Reihe von Berufen vor - darunter solche, die damals durchaus keine typischen Frauenberufe darstellten, wie techn. Zeichnerin, Uhrmacherin, Drogistin, Bahnbeamtin.

<sup>15</sup> Es sei daraufhingewiesen, daß hiermit selbstverständlich nur ein Teil der Artikel insgesamt erfaßt ist.

steller), Adolf Hitler, Frithjof Nansen (norwegischer Forscher), Heinrich Claß (Vorsitzender des Alldeutschen Verbandes), Bruno Bürgel (populärwissenschaftlicher Schriftsteller). Auch eine derartige konträre Zusammenstellung sollte Ausdruck der intendierten Vielfalt sein. Von den wissenschaftlichen Koryphäen, die anfangs ihre Mitarbeit zugesagt hatten (darunter Wilhelm Flitner, Theodor Litt, Hermann Nohl, Wilhelm Rein, Eduard Spranger)<sup>16</sup>, steuerten dann schließlich nur Gerhard Budde, Karl Vorländer und Paul Oestereich einiges im Verlauf der Jahre bei.

Der nach Messers Definition mehr theoretische Teil der Zeitschrift war geprägt von jeweils aktuellen Ereignissen, Entscheidungen und Diskussionen auf den Gebieten der Kultur- und Bildungspolitik, jedoch auch der allgemeinen Tagespolitik. Messer wollte ja gerade hier ansetzen, um Vordergründiges zu vertiefen, Nachdenklichkeit herbeizuführen, Kontroversen verstehbar und eventuell überwindbar zu machen. Die überwiegende Zahl der entsprechenden Beiträge hat er - in zunehmendem Maße seit 1927 - selbst geschrieben und der freien Aussprache in Form von Stellungnahmen und Leserbriefen genügend Platz eingeräumt. Bevor versucht wird, die wichtigsten Schwerpunkte dieses Bereiches herauszuarbeiten, erscheint doch der Hinweis angebracht, daß sie sich gedanklich überlagern und verschränken, in den einzelnen Artikeln der Zeitschrift häufig thematisch miteinander verknüpft zu finden sind. Das Nebeneinanderstellen erfolgt hier aus Gründen der Übersichtlichkeit.

### Konfessionalisierung

Bereits im ersten Heft der Zeitschrift griff Messer ein Problem auf, das in den Jahren der Weimarer Republik immer wieder Auseinandersetzungen auslöste, nämlich die Frage, wie groß der Einfluß der Kirchen auf die Schulen sein dürfe. Bekanntlich enthielt die Reichsverfassung diesbezüglich Kompromißlösungen, indem beispielsweise durch Artikel 144 die staatliche Schulaufsicht festgelegt war und der 1. Absatz von Artikel 146 die für alle gemeinsame Grundschule vorsah, der 2. Halbsatz jedoch auch das Bekenntnisschulwesen ermöglichte. Auf Antrag von Erziehungsberechtigten sollten in Gemeinden "Volksschulen ihres Bekenntnisses oder ihrer Weltanschauung" eingerichtet werden können. Einzelheiten wurden einem zu erarbeitenden Reichsgesetz vorbehalten. Somit hatte sich im wesentlichen das Zentrum durchgesetzt, das den Erhalt beziehungsweise die Neueinrichtung von Bekenntnisschulen für grundlegend wichtig erachtete - weitgehend unterstützt durch DNVP und DVP - während SPD und DDP überwiegend für die Gemeinschaftsschule plädierten. Da das verfassungsmäßig intendierte Reichsschulgesetz nicht zustande kam,

<sup>16</sup> Die Schule 1925, Heft 2, S. 18

entwickelte sich das Schulwesen in den einzelnen deutschen Ländern stark auseinander, ein Vorgang, den Messer mit Besorgnis beobachtete<sup>17</sup>.

Der Abschluß der Konkordatsverhandlungen zwischen der Bayrischen Staatsregierung und dem Heiligen Stuhl erschien ihm bedeutsamer und geeigneter Anlaß, die Diskussion über eine eventuell zu befürchtende Konfessionalisierung der Schulen und des Geisteslebens in seine Zeitschrift aufzunehmen. Das Thema kehrte mit unterschiedlicher Ausführlichkeit und leichten Variationen in mehreren Jahrgängen (bis 1933) wieder. Daß er in der Januarausgabe 1925 neben den für die Schule relevanten Konkordatsbestimmungen und den Bedenken des Hauptausschusses des Bayrischen Lehrervereins auch eine eigene kritische Stellungnahme abdruckte, verübellen ihm zahlreiche katholische Leser. Sie warfen ihm Einseitigkeit vor, reagierten mit Protest und bestellten vielfach die Zeitschrift ab. Messer indes erklärte, daß er als Schriftleiter grundsätzlich keineswegs auf persönliche Meinungsäußerung zu verzichten gedachte. "Dieses Recht hat jeder Mitarbeiter, sollte ich es mir selbst versagen? Natürlich beanspruche ich für diese meine Meinungsäußerung keinerlei besondere Autorität. Meine Worte sollen nur soviel gelten als ihr Inhalt und ihre Begründung wert ist<sup>18</sup>. "Neutralität" sah er nicht in Meinungsabstinenz gegeben, sondern dadurch gewahrt, daß er gegensätzlichen Überzeugungen gleichberechtigt Darstellungsmöglichkeiten einräumte. Schließlich beabsichtigte er mit den eigenen, freilich unpolemischen, Ausführungen den gewollten "fruchtbaren Gedankenaustausch" zu beflügeln oder in Gang zu bringen.

Messers Bedenken richteten sich hauptsächlich gegen zwei Konkordatsbestimmungen, nämlich gegen Artikel 3, demzufolge Vorbehalte eines Bischofs gegen den von einer theologischen Hochschulfakultät vorgeschlagenen Kandidaten dessen Berufung verhindern konnte - ein entsprechendes Beanstandungsrecht galt auch gegenüber Religionslehrern an höheren Schulen -, ferner gegen Artikel 4 § 2, der vorsah, daß an den philosophischen Fakultäten der Universitäten München und Würzburg "wenigstens je ein Professor der Philosophie und der Geschichte eingestellt werden, wenn hinsichtlich seines katholisch-kirchlichen Standpunktes keine Erinnerung zu erheben ist"<sup>19</sup>. Anders formuliert: es sollten an den staatlichen Universitäten sogenannte "Weltanschauungslehrstühle" unter kirchlicher Kontrolle eingerichtet werden.

Messer glaubte, solche Berufungsbedingungen begünstigten "korrekte Mitteilbarkeiten", beziehungsweise förderten Anpassertum, "während bedeu-

<sup>17</sup> Einzelheiten dazu: L. Kunz: Reformerische u. restaurative Tendenzen der schulpolit. Auseinandersetzungen zur Zeit der Weimarer Republik, in: R. Dithmar/ J. Willer: Schule zwischen Kaiserreich u. Faschismus, Darmstadt 1981, S. 125f.

<sup>18</sup> Die Schule 1925, Heft 2, S. 18

<sup>19</sup> Dt. Verwaltungsgeschichte, herausgeg. von Jeserich/Pohl/v. Unruh, Stuttgart 1985, Bd. 4, S. 468f.; E.R. Huber: Dt. Verfassungsgeschichte seit 1789, Stuttgart 1981, Bd. 6, s. 916f.

tende Menschen, schon dadurch, daß sie selbständig denken und Neues produzieren, leicht diesem oder jenem Anstoß geben"<sup>20</sup>. Prinzipiell störte ihn das gewisse Maß an Abhängigkeit der Schulen und Universitäten von kirchlichen Institutionen, mit dem zugleich seiner Überzeugung nach zumindest partiell Preisgabe staatlicher Schulhoheit verbunden war. Außerdem warnte er davor, das bischöfliche Einspruchsrecht gefährde unter Umständen das Recht der Freiheit von Forschung und Lehre. Nicht zuletzt könnten ferner die auslegungsoffenen Formulierungen des Artikels 5 § 1 (der Unterricht und die Erziehung der Kinder an katholischen Volksschulen werde nur solchen Lehrkräften anvertraut, die geeignet und bereit seien, in zuverlässiger Weise die katholische Religionslehre zu unterrichten und im Geiste des katholischen Glaubens zu erziehen) über die Amtssphäre hinaus zu Kontrolle der Privatverhältnisse der Lehrer führen. Diesbezügliche Bedenken glaubte er bestätigt durch eine Veröffentlichung des Schriftleiters der Bayrischen Lehrerzeitung, Dr. Friedrich Nüchter, "Über die Auswirkungen des Konkordats und der übrigen Kirchenverträge in Bayern". Einige dort abgehandelten "Fälle" (Gesinnungsprüfung, Beobachtung des Privatlebens der Lehrer) stellte er in der 'Schule' vor<sup>21</sup> und bezog sie in seine Argumentation gegen den damals (1927) vorliegenden Entwurf eines Reichsschulgesetzes ein. In ihm vermeinte er inhaltliche Anklänge an das bayrische Konkordat zu erkennen. So sprach er sich offen gegen eine Aufwertung der Konfessionsschule aus. Vor allem eine gleichsam verdeckte Konfessionalisierung sei abzulehnen. Gemäß der Reichsverfassung habe die Gemeinschaftschule als Regelschule den Vorrang zu beanspruchen, die Gleichstellung beider Schularten setze eine Zweidrittelmehrheit im Reichstag voraus. Eine Verstärkung des Konfessionellen "wird dazu führen, daß unter dem Einfluß der Sozialdemokratie und des Kommunismus in erheblichem Maße weltliche Schulen entstehen werden, die sich nach ihrer ganzen Geisteshaltung sehr stark unterscheiden werden von den konfessionellen. Dadurch aber wird die beklagenswerte innere Spaltung unseres Volkes noch erheblich gesteigert"<sup>22</sup>.

Wie schon oben erwähnt, erfuhr Messer zum Teil schroffe Ablehnung seitens katholischer Leser. Er empfand es als ärgerlich, daß entsprechende Zuschriften - ebenso übrigens bei anderen strittigen Fragen - meist recht kurz, oft aggressiv abgefaßt waren und der Standpunkt der Befürworter von Konfessionsschulen nicht ausführlich verdeutlicht wurde. Seine wiederholt erklärte Bereitschaft Widerspruch zu ertragen und zu publizieren, verknüpfte er mit der Aufforderung, eine umfassende und sachliche Widerlegung zu liefern. Man solle danach streben, "daß man in sich nicht aufkommen lasse jene enge, überempfindliche und übelnehmerische Art, die von einem Blatt sogleich sich

<sup>20</sup> Die Schule 1925, Heft 1, S. 8

<sup>21</sup> Die Schule 1927, Heft 12, S. 180f.

<sup>22</sup> Die Schule 1928, Heft 1 S. 2; die Auswirkungen auf die Lehrerbildung sind u.a. behandelt in: Die Schule 1927, Heft 4, S. 49f u. 1930, Heft 2, S. 19. Wie die simultanen Volksschulen sieht Messer auch die simultanen Lehrerseminare als von der Verfassung gewollte Regeleinrichtungen.

abwendet, wenn es nicht die eigene Richtung vertritt. Wer diese seine Richtung verkannt oder vernachlässigt glaubt, der trete eben für sie ein"<sup>23</sup>. Allerdings beging Messer den Fehler (oder die Ungeschicklichkeit), daß er beispielsweise zwei Stellungnahmen, die sehr entschieden die katholische Einstellung darlegten, recht spät in die Zeitschrift aufnahm und somit den Eindruck der Einseitigkeit förderte<sup>24</sup>. Im Grunde gelangte die Kontroverse schon im Februarheft 1928 zum Abschluß. Messer stellte nach Leserzuschriften ausdrücklich fest, daß die unterschiedlichen Standpunkte pro und contra Konfessionsschule auf letzten persönlichen Wertentscheidungen beruhten, die mit wissenschaftlichen Methoden weder als gültig noch als ungültig bewiesen werden könnten. "Sie erfolgen auf Grund persönlicher Gefühle". Ein sozusagen volkspädagogisch wertvolles Ergebnis sei erreicht, wenn der gegensätzliche Meinungsaustausch auf einem Niveau stattfindet, "das persönliche Kränkung und unsachliche Hetze von selbst ausschließt"<sup>25</sup>.

### Staatsbürgerliche Erziehung

Sachlichkeit im Meinungsstreit bedingt entsprechende Willensanstrengung und Einsicht in die Sinnhaftigkeit des angestrebten Verhaltens. In der Regel erfordert dies unter anderem sowohl Willensschulung als auch Übung im Nachdenken über Handlungsfolgen. Die Anleitung zu vernünftigem Reflektieren über den Wert des Argumentativen anstelle von Gewaltgebrauch spielt in diesem Zusammenhang ebenso eine Rolle wie das Erreichen einer gewissen Distanz sich selbst gegenüber, das nach Messers Überzeugung erst sachliches Urteilen ermöglicht<sup>26</sup>. Das heißt, es stellt sich hier eine durchaus im Bereich der staatsbürgerlichen Erziehung liegende Aufgabe. Und angesichts der wachsenden Gewalttätigkeit vor allem der Rechtsextremen, aber auch von Teilen der Linken in den letzten Jahren der Weimarer Republik ergab sich die Überlegung: "Wenn man die Art unseres politischen Lebens heute überblickt: diese hetzerische Sprache so vieler Blätter und Redner, diese stets sich wiederholenden Schlägereien und Schießereien, das Arbeiten mit Lärm und Stinkbomben in Theatern und Kinos, die Radauszenen selbst im Reichstag, der ein Tempel der Nation sein sollte: dann fragt man sich: Sind das die Ergebnisse

<sup>23</sup> Die Schule 1930, Heft 1, S. 1; ein ausführlicher Artikel zugunsten der "Konfessionalität der höheren Schulen" lieferte H. Terstegen in: Die Schule 1927, Heft 5, S. 68f.

<sup>24</sup> Die Schule 1933, Heft 7, S. 102f. Nach eigener Anmerkung waren sie ihm schon früher zugesandt worden.

<sup>25</sup> Die Schule 1928, Heft 2 S. 20; über grundsätzlichen Sinn solcher Aussprachen s. auch 1931, Heft 3, S. 35

<sup>26</sup> z.B. Die Schule 1928, Heft 2, S. 18



unserer staatsbürgerlichen Erziehung? Könnte da nicht die Schule mehr tun?!"<sup>27</sup>.

Wir wissen, daß gerade die staatsbürgerliche Erziehung zu den schwierigsten Problemen der Schulpolitik in der Weimarer Republik gehörte und das von den Zeitgenossen auch so empfunden wurde. Schon die Formulierung des Verfassungsauftrages nach Artikel 148,1 "staatsbürgerliche Gesinnung (...) zu erstreben" weist daraufhin, wie wenig konkrete Übereinstimmungen zwischen den politischen und weltanschaulichen Gruppierungen zu erreichen waren. Weder die Reichsschulkonferenz 1920 noch der 1923 unter Federführung des Reichsinnenministeriums tagende Ausschuß zur Förderung der staatsbürgerlichen Bildung vermochten eine verbindliche, angemessene, klare und praxisbezogene republikanisch-demokratische Konzeption zu erarbeiten. Es war ja nicht einmal möglich, einvernehmlich zu entscheiden, daß Staatsbürgerkunde als eigenständiges Unterrichtsfach in den Schulen gelehrt werden sollte. Allein Hessen trat dafür ein und machte konsequenterweise ab dem Schuljahr 1923/24 das neue Fach einstündig verpflichtend für die beiden letzten Klassen der höheren Schulen. Zugleich wurde es mündliches Abiturprüfungsfach. Einen Lehrplan mit genauerer Zielvorgabe, Stoffkatalog und methodischen Anweisungen gab es lediglich im Entwurf. Er ist nie rechtsverbindlich in Kraft getreten. In den anderen Ländern des Reiches blieb meistens Staatsbürgerkunde ein Anhängsel des Geschichtsunterrichts und verkümmerte vollends dann, wenn die zuständigen Lehrer in Distanz zur Republik standen oder sie gar direkt ablehnten. Wie in zahlreichen Untersuchungen belegt, traf dies vor allem für einen Großteil der Lehrerschaft an höheren Schulen zu<sup>28</sup>.

'Die Schule' Jahrgang 1931, Heft 1, Seite 6 enthielt, gleichsam als Zustandsbeschreibung, einen kurzen Bericht eines Oberprimaners, der bestätigte, daß "jede Beschäftigung mit Politik im Unterricht verpönt ist und selbst da, wo Behandlung der Reichsverfassung auf dem Stundenplan steht, stillschweigend darüber hinweggegangen wird". Andererseits werde in Wirklichkeit in der Schule trotzdem politisiert, sei es, wenn ein Lehrer den Schülern, streng privat natürlich, seine politische Ansichten mitteile, oder sei es während hitziger Pausendebatten der Schüler untereinander. "Was da oft für ein Blödsinn verzapft wird, ist einfach haarsträubend. Man kann eigentlich auch gar nichts anderes erwarten, da ja die Jungens noch nie eine sachliche und erschöpfende Darstellung der politischen Lage und der einzelnen Parteiprinzipien gehört

<sup>27</sup> Die Schule 1931, Heft 1, S. 1; in Heft 3 desselben Jahrgangs veröffentlichte Messer eine Statistik des preuß. Innenministeriums über rund 2500 Versammlungskrawalle im Jahr 1930 u. kommentierte betroffen, "wie die Barbarisierung bei uns mit Riesenschritten vorwärts geht".

<sup>28</sup> S.u.a. A. Messer: Pädagogik der Gegenwart, Berlin 1926, S. 272; H.Chr. Laubach: Die polit. Einstellung der Philologen zur Weimarer Republik, in: Der Lehrer u. seine Organisationen, herausg. M. Heinemann, Stuttgart 1977, S. 255f.; dort auch Fr. Hamburger: "Im Verlaufe der Weimarer Republik wurde der Anteil der Philologen bei der DNVP kontinuierlich größer", S. 269; zusammenfassend R. Kühnel: Die Weimarer Republik, Reinbeck 1985, S. 129f.

haben". Deshalb spricht er sich dafür aus, "die unter Schülern üblichen Debatten" nicht der Pause zu überlassen und im Unterricht über die Behandlung der Verfassung hinaus, beispielsweise durch Referate, die Ziele der Parteien vorzustellen und zu diskutieren.

In einer neueren Untersuchung resümiert Wolfgang Geiger: "Allgemein bestand die Tendenz, die Staatsgesinnung (zu der erzogen werden sollte) nicht auf einen 'spezifisch demokratisch-republikanischen Inhalt festzulegen'"<sup>29</sup>. Man wich der konkreten politischen Situation aus, indem man über einen abstrakten, überhöhten Staatsbegriff nachdachte. Die Erziehung zum Staat müsse der Jugend die Einsicht vermitteln, "daß der Staat mehr ist als die Form, die seinen jeweiligen Charakter ausmacht". Soweit die pädagogische Theorie überhaupt konzidierte, die Jugendlichen sollten auch den gegenwärtigen Staat kennenlernen "wie er ist", seinen Aufbau, seine Verfassung, so sehr stellte sie infrage, wie weit es Aufgabe der Erziehung sein könne, dessen Bestand mit sichern zu helfen. Nicht selten wurde der Standpunkt vertreten, das liberal-demokratische Staatsmodell und der Geist von Weimar seien veraltet. Denn es gelte der Tatsache Rechnung zu tragen, daß diesem Staatsgedanken ein ganz anderes Denken "lebendig" gegenüberstehe, nämlich "der politische Wille zur Unterordnung unter den starken Staat und die Bereitschaft zu freier Gefolgschaft gegenüber kraftvoller Führung"<sup>30</sup>.

August Messer stimmte mit denen überein, die ein Erziehen zu einer nur theoretischen, allgemeinen Staatsgesinnung für unzureichend hielten. Die Staatsform müsse mehr als bloße Formsache sein, vielmehr stelle "die Republik - oder wenn man lieber will: die Demokratie - Ausdruck eines ganz bestimmten politischen Geistes, Willens, Ideals (im Gegensatz zur Monarchie oder Diktatur)" dar<sup>31</sup>. Realistisch gesehen sei doch für die Jugend und ihre staatsbürgerliche Erziehung "die Republik kein Problem und keine Frage, sondern eine Tatsache und die von Rechts wegen gültige und wirksame Lebensform unseres Volkes, die unser staatliches Gemeinschaftsleben bestimmt". Da die Republik in besonderem Maße freiwillige Mitarbeit im politischen Bereich, Fähigkeit zu verantwortungsvollem Entscheiden, sowie Achtung vor der Persönlichkeit des Mitbürgers erfordere, resultierten daraus wichtige Erziehungsziele. Für die Praxis solcher politischen Bildung im republikanischen Geiste eigne sich beispielsweise der Arbeitsunterricht. "Man sucht durch die Verwendung von Zeitungen und Parlamentsberichten die Schüler an die Wirklichkeit des politischen Lebens möglichst nahe heranzuführen. Wo fortschrittliche Lehrer und eine geistig aufgeschlossene Jugend sich zusammen-

<sup>29</sup> Staatsbürgerkunde in der Weimarer Republik, in: R. Dithmar / J. Wille a.a.O. S. 67

<sup>30</sup> G. Giese: Staat, Staatsgedanke u. Staatserziehung, in: Die Erziehung 1930, S. 83f.

<sup>31</sup> Die Darstellung folgt hier im wesentlichen Gedankengängen von Studiendirektor Dr. Fritze, Bernburg, in: Die Schule 1930, Heft 3, S. 33f. u. Heft 6, S. 85f. Messer hat ausdrücklich seine Übereinstimmung mit diesen Ausführungen betont; s. auch Zusammenfassung eines Vortrags von Oberschulrat Dr. Deiters in: Die Schule 1930, Heft 2, S. 17f.

fanden, geschah und geschieht das auch mit bestem Erfolg"<sup>32</sup>. Durch die Schüler selbstverwaltung, in der junge Menschen Selbsttätigkeit, sachliche Problemlösung und toleranten Umgang miteinander üben könnten, sei ein positiver Weg gewiesen. Die republikanisch eingestellten Lehrer sollten Skrupel und Zurückhaltung aufgeben und sich mutig zu ihrer Gesinnung bekennen. "Hier darf es (...) keine Zweideutigkeit und keine bloßformale Loyalität mehr geben"<sup>33</sup>.

Nach dem für die Demokraten katastrophalen Ergebnis der Reichstagswahlen vom September 1930 (die Nationalsozialisten verzehnfachten fast die Zahl ihrer Mandate) setzte Messer verstärkt die Diskussion über die staatsbürgerliche Erziehung in Gang. Weil offenkundig vor allem junge Wähler rechtsextremer Demagogie zum Opfer gefallen waren, stellte er im Oktoberheft die Frage "Was ergibt sich aus den letzten Reichstagswahlen für die staatsbürgerliche Erziehung und Unterweisung?" Alle Verfasser der in den folgenden Monaten abgedruckten Antworten räumten Defizite in der politischen Bildung ein, und ihre Situationsanalysen enthielten zum Teil wichtige Einsichten. Beispielsweise wurde herausgearbeitet, daß sich viele Wähler aus Verzweiflung und Not in der wirtschaftlich schwierigen Lage von primitiven demagogischen Schlagworten einfangen ließen. Dies habe unter anderem geschehen können, "weil ein Mangel an Wissen um die Ursachen und den Verlauf der Weltwirtschaftskrise und um die Verflochtenheit der deutschen Wirtschaft mit der ganzen Welt" vorhanden sei. Daher finde auch der naive Glaube an die Allmacht eines Diktators so weite Verbreitung. Die Staatsbürgerkunde müsse also der Vermittlung wirtschaftlicher Kenntnisse wesentlich größere Bedeutung beimessen. Zutreffend ebenso der Hinweis auf den Appell an die Irrationalität seitens der Extremisten, auf das hemmungslose Einbeziehen sozialer und nationaler Träume in die tagespolitische Agitation ("das irdische Paradies, das im 'dritten Reich' verwirklicht werden soll oder das der Kommunismus durch die Weltrevolution schaffen will")<sup>34</sup>.

Insgesamt aber wurden nur sehr wenige anwendbare Vorschläge für die Verbesserung der Unterrichtspraxis gemacht. Manche Anregung kam über einen vagen Ansatz nicht hinaus; mehrfach wick man auf den Geschichtsunterricht aus und glaubte durch dessen "Republikanisierung" eine geänderte Staatsgesinnung schaffen zu können. Ein Beitrag sprach zwar von "Falschdeutung der Duldsamkeit der Reichsverfassung", zog jedoch nicht etwa die Konsequenz, ein Widerstandsrecht gegen Verfassungsfeinde zu postulieren. Daß eine entschiedener Personalpolitik nötig gewesen wäre, um die öfter angemahnte "Glaubwürdigkeit" der Lehrer in Bezug auf deren Akzeptanz der Republik zu erreichen, ist gleichfalls in keiner Stellungnahme direkt ausge-

<sup>32</sup> Deiters a.a.O.

<sup>33</sup> Dr. Fritze a.a.O.

<sup>34</sup> Die Schule 1931, Heft 1, S. 2f.; Heft 2, S. 17f.; 1930, Heft 12, S. 178f.

sprochen worden. Indes kam ohnehin die von Messer initiierte Diskussion über die Effizienz der Staatsbürgerkunde zu spät. Stärke und Wirkung der staatszerstörenden Kräfte waren schon zu groß.

### Arbeit für den Frieden

Die Weimarer Reichsverfassung verpflichtete in Artikel 148 zur Erziehung im Geiste des deutschen Volkstums und der Völkerversöhnung. Typischerweise war bereits 1923 bei der Festlegung der Aufgaben und Ziele staatsbürgerlichen Unterrichts in den Richtlinien des vom Reichsinnenministeriums eingesetzten Ausschusses nur noch von der "Erstarkung der deutschen Volkskraft" die Rede, es fehlte aber jeder Hinweis auf Völkerversöhnung<sup>35</sup>. Der Begriff wurde in weiten Kreisen der Bevölkerung mit nationaler Würdelosigkeit verbunden, unvereinbar mit "Deutschgesinnung", "nationalem Selbstbewußtsein" und "nationalem Ehrgefühl". Gerhard Anschütz, ein Kommentator der Verfassung formulierte: "Im Namen dieses Ehrgefühls aber muß Widerspruch erhoben werden dagegen, daß die deutsche Jugend - jetzt - mit dem Willen zur Völkerversöhnung erfüllt werden soll". Bestenfalls nachdem die Schmach von Versailles gesühnt und getilgt sein werde, könne man sich mit der Idee der Völkerversöhnung auseinandersetzen<sup>36</sup>.

Messer ermöglichte in seiner Zeitschrift eine ausführliche Diskussion der Standpunkte pro und contra zu diesem Thema, das er pointiert auf die Formel brachte: "Friedensgeist oder Kriegsgeist in der Erziehung: das ist die Frage"<sup>37</sup>. Nicht wenige Stellungnahmen spiegeln die zeittypischen Denkmuster von Chauvinismus und Revanchismus wider. Messer selbst hielt das Streben nach Ausgleich und Verständigung zwischen den Völkern für eine der zentralen Aufgaben, deren Gelingen über die Zukunftsentwicklung Deutschlands entscheiden werde. Deshalb bedauerte er, daß man nach seinem Eindruck "unsere Jugend, zumal an den höheren Schulen, entgegen der Verfassungsbestimmung in geradezu kriegerischem Geiste erzieht"<sup>38</sup>. Da ihm wiederholt vorgeworfen wurde, er sei "einseitig pazifistisch", seine Einstellung "unnational", er vertrete eine "verwerfliche Tendenz"<sup>39</sup> und dabei einige seiner Äußerungen mißdeutet wurden, glaubte er seine Haltung immer wieder (oft nur in Anmerkungen) erklären zu müssen. Auf zwei weltanschaulichen Grundpositionen ließen sich seiner Beobachtung nach die in Nuancen mehrfach divergierenden Meinungen zurückführen. Im ersten Fall stelle man Menschenwelt und Tierreich auf eine

<sup>35</sup> K. Borchering: Wege u. Ziele polit. Bildung in Deutschland. Eine Materialsammlung, München 1965, S. 44

<sup>36</sup> G. Anschütz: Die Verfassung des Dt. Reiches, Berlin 1921, S. 238f.

<sup>37</sup> 1928, Heft 11, S. 164, desgl. 1929, Heft 12, S. 180

<sup>38</sup> Die Schule 1931, Heft 3, S. 35; auch schon 1928, Heft 11, S. 164

<sup>39</sup> z.B. Die Schule 1931, Heft 3, S. 34f.; 1930, Heft 4, S. 51; Heft 12, S. 180

Stufe; gemeinsam sei der "Wille zur Macht" und ein gnadenloser "Kampf ums Dasein". Aus solcher sozialdarwinistischer Perspektive erwachse die Argumentation, daß jeder Einzelne im Interesse des eigenen Volkes dafür Sorge, Volkszahl, militärische und wirtschaftliche Macht seiner Nation zu steigern. Das sich naturgemäß ergebende Mißtrauen der Völker untereinander erzeuge Wettrüsten und Kriege. Das unterlegene Volk müsse dann versuchen, mit allen Mitteln das nächste Mal Sieger zu bleiben - deswegen auch die Forderung nach einer Erziehung der Jugend in kriegerischer Gesinnung, die sich unter anderem manifestiere im Haß auf "den Erbfeind". Alles Moralische in der äußeren Politik erscheine ja den Vertretern dieses "Naturalismus" lediglich als Heuchelei, oder nur soweit verwendbar, als es sich zum Kampfmittel eigne, um die eigenen Volksgenossen aufzupeitschen und zu begeistern und die Gegner ins Unrecht zu setzen<sup>40</sup>. Im zweiten Falle erkenne man durchaus die Tatsache an, daß Mißtrauen und Machtwille tief in der Menschennatur wurzelten und bisher die Beziehungen der Völker beherrscht hätten. Dennoch bestehe die innere Gewißheit, der unter den Völkern existierende "Abstoßungs- und Chaoszustand" solle und könne überwunden werden. Derartiger Idealismus ziele auf Kants "Einheit in der Mannigfaltigkeit" - das heiße: "keine Internationalität, die völkische Eigenart abschwächt und Liebe zum Vaterland bekämpft, kein 'Menschheitsbrei', sondern eine Vielheit von Nationen, die ebensoviel eigenartige und eigenwertige Ausprägungen menschlichen Wesens darstellen; auch Wettbewerb dieser Nationen, aber zugleich Einrichtungen, die bestimmt sind, diesen Wettbewerb im Rahmen des Geistigen und des Friedlichen zu halten; die also die Völker vor Selbstzerfleischung bewahren, ja wohl gar gemeinsame positive Arbeit an allgemeinen Menschheitsaufgaben anbahnen. (...) Daran zu glauben und daran zu arbeiten, das nenne ich sittlichen und zugleich christlichen Idealismus, und aus ihm ergibt sich die Pflicht zu erziehen im Geiste der Völkerversöhnung, was zugleich edelstem, deutschem Geiste entspricht"<sup>41</sup>.

Die in der Aussprache auftauchende Konstruktion eines "Mittelweges zwischen Kriegs- und Friedensgeist", genannt "Wehrgeist", lehnte Messer ab. Zwar könne man Begriffe als Begriffe voneinander trennen, "in der Wirklichkeit der Erziehung fließt beides ineinander"<sup>42</sup>. Er sah die Gefahr, daß ausgesprochene "Pflege des Wehrgeistes" diesen in Angriffslust umschlagen lasse. Militärische Abwehr von echter Bedrohung gestand er zu, bekundete ebenso Verständnis für die Forderung nach gleichberechtigter Wehrhoheit für Deutschland. Seiner Überzeugung nach lag jedoch keine Bedrohung der Sicherheit der Deutschen vor. Von einem angestrebten Recht auf Aufrüstung sollten sie zum gegebenen Zeitpunkt nur sehr eingeschränkt "weisen Ge-

<sup>40</sup> Die Schule 1929, Heft 1, S. 2; in ähnlichem Gedankengang eine krit. Auseinandersetzung Messers mit einer Silvesterbetrachtung des damaligen Generalsuperintendenten von Breslau D.Dr. Marin Schian im Gießener Anzeiger 31.12.1928; 4.1.1929 u. folgende Leserbriefe.

<sup>41</sup> Die Schule 1929, Heft 1, S. 3; 1930, Heft 12, S. 181 Plädoyer für die "Vereinigten Staaten Europas".

<sup>42</sup> Die Schule 1930, Heft 6, S. 82

brauch" machen, sowohl aus wirtschaftlichen als auch aus außenpolitischen Gründen<sup>43</sup>.

Im Zusammenhang mit dem umstrittenen Postulat nach Völkerversöhnung stand auch die Auseinandersetzung um den sogenannten Kriegsschuldartikel (Art. 231) des Versailler Vertrages. In einer Reihe von Ausgaben der 'Schule' spielte das Thema eine Rolle. Messer plädierte für Redlichkeit und gerechte Erörterung des Sachverhalts, er stand damit im Gegensatz zur mehrheitlich vertretenen Meinung von Deutschlands Schuldlosigkeit. Revachesucht der Franzosen, Handelsneid Englands und imperialistischer Eroberungsdrang Rußlands wurden bekanntlich weithin als die wahren Kriegsursachen angeprangert. Messer bestritt keineswegs ein "vollgerütteltes Maß Schuld" der ehemaligen Gegner Deutschlands und stimmte zu, daß Artikel 231 "eine zum Himmel schreiende Ungerechtigkeit enthält"<sup>44</sup>. Er bekannte sich allerdings zur Mitverursachung des Krieges durch Deutschland, die er teilweise detailliert aus historischen Abläufen begründend ableitete<sup>45</sup>. Besonders wichtig war ihm der Hinweis auf die durch wechselseitige Neid-, Angst- und Haßgefühle sowie das Wettrüsten vergifteten internationalen Beziehungen vor 1914. Die Idee des ewigen Friedens (Kant, Fichte) wurde allenfalls als schöner Traum belächelt, dem die harte Realität der Unvermeidbarkeit von Kriegen gegenüberstand. In dieser Hinsicht mußte Messer die Parallelität der tagespolitischen Hetze Ende der zwanziger Jahre, die aufreizenden Reden über notwendige Vergeltung äußerst beunruhigen. Er hielt es für geboten, auf gegenseitiges Vertrauen hinzuarbeiten. Erforderlich seien viel Geduld und Zuversicht. "Und dazu der Glaube, daß die Menschheit in zäher, geduldiger Volks- und Jugenderziehungsarbeit doch allmählich auf eine höhere Stufe gehoben werden könne, auf der der Friedens- und Liebesgeist Jesu nicht nur das Privatleben einzelner, sondern auch die Völkerbeziehungen durchdringen würde. Daran, an dieser riesenhaften Erziehungsaufgabe arbeitet aber der Pazifismus". Die Alternative bestehe darin, daß "ein neuer Krieg infolge der inzwischen noch vervollkommeneren Kriegstechnik noch sehr viel grauenhafter und vernichtender werden würde als der Krieg 1914-18"<sup>46</sup>.

<sup>43</sup> Begründet u.a. in: Die Schule 1931, Heft 3, S. 36; 1932, Heft 3, S. 34; Messer meinte, es sei "Deutschlands Recht u. Pflicht als mahndendes Gewissen des Völkerbundes immer wieder die Abrüstung in Genf zu fordern".

<sup>44</sup> Die Schule 1929, Heft 8, S. 14; Heft 3, S. 36; Heft 12, S. 179

<sup>45</sup> z.B. Die Schule 1930, Heft 4, S. 51f.; 1928, Heft 11, S. 163f.

<sup>46</sup> Die Schule 1929, Heft 8, S. 115

## Studentischer Extremismus

Seit den Anfängen der politischen Neuordnung nach dem 1. Weltkrieg mußten die Republikaner - wie oft beschrieben - mit wachsendem Unbehagen beobachten, daß die Mehrheit der Studenten den Weimarer Staat ablehnten. Das Verächtlichmachen seiner Symbole, der Boykott von Verfassungsfeiern, aggressive Gegenveranstaltungen, wie alljährliche Reichsgründungsfeiern (18. Januar) und Protestkundgebungen zur Kriegsschuldflüge (28. Juni am Jahrestag des Attentats von Serajewo) dokumentierten die Gegnerschaft. Dominierten zunächst die Nationalkonservativen Kräfte, organisiert etwa im Deutschen Hochschulring, so zog später "die Hitler-Bewegung die deutschen Studierenden wie ein Magnet in ihren Kreis"<sup>47</sup>. Traditionsgebundene Mentalitäten und autoritäre Denkmuster verbanden sich mit erstarkenden irrationalen Strömungen und aktualisierten rassistischen Einstellungen. Über weite Strecken führten herkömmliche Korporationen und Nationalsozialistischer Studentenbund gemeinsam den weltanschaulichen Kampf gegen "Juden, Republikaner und Intellektuelle"<sup>48</sup>. Demgegenüber waren die republikanisch-demokratisch ausgerichteten Hochschulgruppen sowohl von der Mitgliederzahl als auch von der Akzeptanz bei ihren Kommilitonen her gesehen relativ unbedeutend. Trotz des Zusammenschlusses zu einem 'Republikanischen Studentenkartell' verhinderte die erhebliche Heterogenität der Gruppen effektive Zusammenarbeit.

Messers Kritik an Entwicklungen innerhalb eines Großteils der Studentenschaft ist vom "Fall Lessing" entscheidend beeinflußt worden. Er beschäftigte sich mit den entsprechenden Vorkommnissen hauptsächlich in den Juni- und Juliheften 1925 der 'Schule', aber vom Grundsätzlichen her auch nochmals im Januarheft 1928. Insbesondere die Veröffentlichung einer eigenen Broschüre ('Der Fall Lessing. Eine objektive Darstellung und kritische Würdigung'. Bielefeld 1926) unterstrich die Bedeutung, die er dem Vorfall beimaß.

Der jüdische Schriftsteller und Gelehrte Theodor Lessing<sup>49</sup>, außerordentlicher Professor für Philosophie an der Technischen Hochschule Hannover, der bereits 1924 als eigenwilliger Berichterstatter im Prozeß gegen den mehrfachen Mörder Haarmann Ablehnung seitens rechtskonservativer Kreise erfahren

<sup>47</sup> M.H. Kater: Studentenschaft u. Rechtsradikalismus in Deutschland 1918-1933, Hamburg 1975, S. 117

<sup>48</sup> Kater a.a.O. S. 157; seine Untersuchung zeigt, daß die schlechte wirtschaftliche Lage der meisten Studenten während der Republik ein "Zweckbündnis" mit den Nazis nahelegte u. auch das Aufflammen des Antisemitismus z.T. durch die ökonom. Verunsicherung begünstigt wurde. Zur Situation der Gießener Studenten s. R. Fieberg: Die Durchsetzung des Nationalsozialismus in der Gießener Studentenschaft vor 1933, S. in: Frontabschnitt Hochschule, Die Gießener Universität im Nationalsozialismus, Gießen 1982, S. 53f.

<sup>49</sup> 1872 in Hannover geboren; 1933 von den Nazis im tschech. Exil ermordet; biograf. Einzelheiten s. E. Lacina in: Neue Dt. Biografie 14. Bd. 1984, S. 351. Zu jurist. Aspekten des Falles Lessing s. E.R. Huber: Dt. Verfassungsges. Bd. 6 S. 997

hatte, veröffentlichte ein Jahr später während des Wahlkampfes um das Reichspräsidentenamt einen kritischen Artikel über Paul von Hindenburg im 'Prager Tagblatt'. Er lieferte eine zum Teil ironische Charakteristik des Kandidaten und formulierte seine Einschätzung, daß dieser allein in militärischen Kategorien zu denken gewohnte "unpolitischste aller Menschen zu einer politischen Rolle mißbraucht wird", der er nicht gewachsen sei. "Nach Plato sollen die Philosophen Führer der Völker sein. Ein Philosoph würde mit Hindenburg nun eben nicht den Thron besteigen. Nur ein repräsentatives Symbol, ein Fragezeichen, ein Zero. Man kann sagen: besser ein Zero als ein Nero. Leider zeigt die Geschichte, daß hinter einem Zero immer ein künftiger Nero verborgen steht"<sup>50</sup>. Der Artikel, in der Lokalpresse auszugsweise nachgedruckt und mit scharfer, aufreizender Kommentierung versehen, löste eine Welle der Empörung aus. Vor allem Studenten der TH Hannover, vereinzelt auch Dozenten, protestierten gegen Lessing, der als "geschäftstüchtiger Jude" bezeichnet wurde, "dessen angeborener Erwerbsgeist einen vaterlandsverräterischen Aufsatz hinterrücks an eine deutschfeindliche Zeitung verkauft hat". Sie forderten "die sofortige Entziehung des Lehrauftrags des Professor Dr. Lessing und die dauernde Absprechung der Lehrbefähigung an jeder deutschen Hochschule". Lessing war Drohungen ausgesetzt, durch massive Störungen und Tumulte verhinderten Hunderte von Studenten seine Vorlesungen, eine Kampagne der Hugenberg-Presse folgte. Nachdem der preußische Kultusminister Dr. C. H. Becker das studentische Verhalten verurteilt und eine Suspendierung Lessings ablehnt, zugleich diesem eine Mißbilligung (fehlende Sachlichkeit und mangelnde Angemessenheit des Tons seiner Schriften) ausgesprochen hatte, nahm der Angegriffene Urlaub, um eine Beruhigung der Situation eintreten zu lassen. Als er im Sommersemester 1926 seine Lehrtätigkeit wieder aufnehmen wollte, steigerten sich Tumulte und Terrorakte, ohne daß zunächst die Hochschulleitung entschlossen eingriff. Charakteristisch waren die Sprechchöre "Jude raus - Lessing raus", die Belästigungen Lessings und seiner Frau in der Stadt, Kundgebungen und Sympathiestreiks für die Randalierer an anderen Hochschulen und Universitäten. Schließlich kam es zu folgender Regelung: Gegen Vertreter der radikalen Studentenschaft wurde ein Verfahren eingeleitet (das allerdings die Staatsanwaltschaft nach kurzer Zeit einstellte) und Lessing anstelle seines bisherigen Lehrauftrages ein Forschungsauftrag erteilt.

August Messer ließ keinen Zweifel entstehen, daß er den Hindenburg-Artikel mißbilligte und man zu recht von einer Herabsetzung sprechen konnte. "Lessing hat seine stilistische Meisterschaft dazu benutzt, durch seine Ironie, durch versteckten oder offenen Spott, herabsetzende Vergleiche, durch einen gleichsam wohlwollend-mitleidigen Ton zu wirken. Es ist auffällig, daß dieser feine Psychologe augenscheinlich kein Gefühl dafür hatte, wie kränkend und

<sup>50</sup> A. Messer: Der Fall Lessing, S. 20; die folgenden Zitate ebenfalls aus dieser Schrift.



aufreizend auf Millionen Deutsche sein Artikel durch seine Form wirken mußte"<sup>51</sup>. Zugleich aber war er über das Verhalten der Studenten bestürzt. Er verwies darauf, daß Lessing weder seinen Lehrstuhl mißbraucht hatte und für ihn nach Artikel 118 der Reichsverfassung das Prinzip der Meinungsfreiheit galt, noch die Forderung nach 'Sühne' im rechten Verhältnis zu seinem 'Vergehen' stand. Politische Gründe seien letztlich dafür maßgebend gewesen, ihn mundtot zu machen. Es bestehe der dringende Verdacht, hinter den Angriffen stünden "skrupellose Parteimenschen" als Drahtzieher. "Man frage sich doch einmal, würde man sich irgendwie ähnlich entrüstet haben, wenn Lessing etwa in demselben Ton gegen Hindenburgs Gegenkandidaten Marx oder gegen seinen Vorgänger Ebert geschrieben hätte?" Politische Einseitigkeit dürfe an den Hochschulen jedoch nicht geduldet werden, dort müsse man den Geist der überparteilichen Sachlichkeit pflegen, "damit er von hier aus auch in unser politisches Leben eindringe, um es zu entgiften und es auf eine Stufe zu erheben, die allein eines Kulturvolkes würdig ist"<sup>52</sup>. Messer verurteilte entschieden die Kampfsmethode der Studenten. "Denn an einer Stätte, wo der Geist herrschen sollte, und nur geistiger, aber sachlicher Kampf ehrenhaft ist, da haben sie rohe Gewalt gebraucht - eben dadurch ihre Unfähigkeit beken- nend, mit geistigen Waffen zu kämpfen - und an einer Stätte, die der staats- bürgerlichen Bildung geweiht sein soll, da haben sie sich gegen Rechtsordnung und staatliche Autorität offen aufgelehnt"<sup>53</sup>. Somit sei in höchst bedenklicher Weise die verfassungsmäßig garantierte Freiheit von Wissenschaft und Lehre angetastet worden. Er bedauerte zudem die antisemitische Stimmung, die bei vielen Studenten anzutreffen war und mißbilligte den Beschluß der Deutschen Studentenschaft, nur die "deutsch-arischen" Studentenorganisationen im Aus- land als koalitionsberechtigt anzuerkennen<sup>54</sup>. Er ahnte wohl voraus, daß sich solche verhängnisvolle Entwicklung beschleunigen werde. Im Juli 1930 for- derten ja dann beispielsweise Gießener Verbindungen die Einrichtung von Lehrstühlen für Rasseforschung; im Januar 1931 beschloß der Gießener Asta mit 20 gegen 2 Stimmen auf Antrag des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes den Antrag auf Einführung des Numerus clausus für jüdische Studenten zu stellen. Bei den Asta-Wahlen am 4.2.1932 erhielten der NSDStB die meisten Stimmen und 13 Sitze, die republikanische Arbeitsgemeinschaft, beziehungsweise Rote Liste nur 1 Sitz<sup>55</sup>.

<sup>51</sup> Die Schule 1925, Heft 6, S. 95; Messer schilderte die Sachlage im Fall Lessing in einer Sitzung der Ortsgruppe Gießen des DRLB am 21.6.1926, s. Der Wegweiser Dez. 1926, S. 57

<sup>52</sup> Messer: Der Fall Lessing, S. 61

<sup>53</sup> Messer: Der Fall Lessing, S. 74

<sup>54</sup> Die Schule 1927, Heft 2, S. 25; 1928, Heft 1, S. 2; im Januarheft 1930, S. 2 verurteilte er die Krawalle vom 12. Nov. 1929 an der Berliner Universität, bei denen linksstehende u. jüdische Studenten mißhandelt wurden, ebenso die hetzerischen Flugblätter der NS'Studentengruppe in Frankfurt/M. Ende Nov. 1929.

<sup>55</sup> R. Fieberg a.a.O. S. 50 u. 61; Gießener Anzeiger 5.2.1932, 1. Blatt. Über die "staatsfeindliche Haltung" des Gießener Asta beriet der DRLB Gießen in seiner Hauptversammlung am 24.1.1931, Bericht s. Der Wegweiser, Mai 1931, S. 145f. auch Nov. 1930, S. 244

Die Auseinandersetzungen um den evangelischen Theologen Günther Dehn<sup>56</sup> hat Messer in seiner Zeitschrift im April und Mai 1932 ebenfalls relativ ausführlich dokumentiert. In dem hochschulpolitischen Streit ging es im Kern, ähnlich wie bei Lessing, um die Bewahrung der akademischen Lehrfreiheit gegenüber aggressiv-ablehnender Haltung der Studenten. Wegen ihm fälschlicherweise unterstellter Äußerungen zum Thema Christ und Krieg (1928 in einer Veranstaltung der Ulrichskirche Magdeburg) geriet Dehn zuerst in Schwierigkeiten bei seiner Berufung nach Heidelberg. Man warf ihm in öffentlicher Agitation vaterlandsschädigenden Pazifismus, unehrenhafte, un-deutsche Gesinnung vor, worauf die Heidelberger theologische Fakultät ihren Berufungsvorschlag zurückzog. Gleichzeitig war ein Ruf an die Universität Halle ergangen, wo nun ebenso - unter Führung des NSDStBes - eine intensive Hetzkampagne gegen Dehn begann<sup>57</sup>. Rektor und Senat der Universität, sowie die Kultusverwaltung traten mutig auf dessen Seite, gleichwohl versuchten fanatische Studenten Vorlesungssprengung und veranstalteten Demonstrationen.

Entsprechend seinem bereits im Fall Lessing vertretenen Standpunkt setzte sich Messer auch jetzt für uneingeschränkte persönliche Meinungsfreiheit und die Freiheit der akademischen Lehre ein. "Indem Studenten den Anspruch erheben, Dozenten zu zeigen, 'wo die Freiheit der Wissenschaft ihre Grenzen hat' (so ein Flugblatt, d. Verf.), errichten sie eine Zensur, gefährden sie also tatsächlich die Freiheit der Wissenschaft und Lehre. Denn Wissenschaft ist nur da frei, wo sie autonom, d.h. durch ihr eigenes inneres Gesetz der Sachlichkeit reguliert und begrenzt ist, nicht, wo irgend eine äußere Instanz, sei das nun eine kirchliche oder politische, völkische oder wirtschaftliche, ihr Vorschriften erteilt"<sup>58</sup>. Polarität und Meinungsstreit gehörten seiner Auffassung nach zwar zur Lebenswirklichkeit, die Auseinandersetzungen dürften freilich nie mit der Absicht geführt werden, den Gegner zu vernichten. Wünschenswerte Volkseinheit in Anerkennung bestehender Vielfalt von Mentalitäten und Weltanschauungen könne man nur mit Toleranz erreichen.

Reaktionen aus Leserkreisen blieben offenbar weitgehend aus, jedenfalls finden sich in der 'Schule' keine Leserbriefveröffentlichungen direkt zu diesen Fällen. Besonders die von Messer kritisierten, zugleich aber zu einer "Vertei-

<sup>56</sup> Geboren 1882 in Schwerin, 1970 in Bonn gestorben; zur theologischen Laufbahn s. Die Religion in Geschichte u. Gegenwart, Studienausg. 1986, 2. Bd. S. 58. Ausführliche Darstellung der Auseinandersetzungen bei E. Bizer: Der Fall Dehn, in: Festschrift für Günther Dehn, Bonn 1957, S. 239f.; rechtliche Würdigung bei E.R. Huber a.a.O. S. 998f.

<sup>57</sup> Es bildete sich ein 'Kampfring der christl.-deutschen Bewegung', bestehend aus Geistlichen, DNVP, Nationalsozialisten, Stahlhelm, Offiziersverbänden, Dt. Studentenschaft u. Hochschulring. Er erklärte: "Ein Mann, der den sittl. Gedanken der Verteidigung von Volk u. Vaterland soweit herabwürdigt, daß er es dem einzelnen überläßt, im konkreten Falle den Kriegsdienst zu verweigern, ist als akadem. Lehrer nicht zu ertragen" - Bizer a.a.O. S. 250f.

<sup>58</sup> Die Schule 1932, Heft 5, S. 68; Messer behandelte die Angriffe gegen Dehn auch in einer öffentlichen Veranstaltung des DRLB am 27.2.1932 in Gießen, s. Gießener Anzeiger 29.2.1932

digung des völkischen Standpunkts" eingeladenen Studenten waren an einer klärenden Diskussion keineswegs interessiert.

### Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus

In der Verbindung mit anderen Themenbereichen hatte sich Messer bereits mit dem Nationalsozialismus auseinandergesetzt. Er verstärkte dies 1932 in der Absicht, das Urteilsvermögen der Leser seiner Zeitschrift zu schärfen, Denkanstöße zu geben. Das hieß -wie wir ja wissen- nach seinem Verständnis von "urteilen", man müsse zunächst wichtige Inhalte nationalsozialistischer Ideologie kennen. Mehr denn je litt er in den turbulenten Endjahren der Weimarer Republik persönlich darunter, daß Millionen von Deutschen sich weit auseinander gelebt hatten, sich größtenteils schon verbal kaum noch verstehen konnten und einander nicht einmal mit einem Mindestmaß von Besonnenheit anhörten.

"In der Presse vermißt man vielfach sachliche Berichte über die Ansichten der Gegner, meist werden sie nur geschmäht oder lächerlich gemacht, ähnlich geht es in den politischen Versammlungen zu, und kommt es dort zu Diskussionen, so ist das Ende vielfach Zank und Schlägerei"<sup>59</sup>. Dementsprechend stellte er beispielsweise 1931 im Oktoberheft der 'Schule' einige Kernstellen aus Hitlers 'Mein Kampf' in konzentrierter Form vor<sup>60</sup>. Er zeigte unter anderem, daß der "völkische Staat" auf der absoluten Autorität des Führers aufbaue, es also im "Dritten Reich" keine Volksvertretung im demokratischen Sinne geben werde; daß "der innere Feind", speziell Marxisten und Juden ("hebräische Volksverderber") ausgerottet werden sollten, folglich Pogrome zu erwarten seien; daß Hitlers Außenpolitik auf einen Vernichtungsfeldzug gegen Frankreich, sowie kriegerische Landerobung im Osten abziele. Da er eine "streng quellenmäßige Darstellung" anstrebte, vermied Messer Kommentierung, fügte jedoch am Schluß den Satz hinzu: "Vielleicht wird das deutsche Volk bald zu entscheiden haben, ob es einem Politiker mit diesen Zielen sich zum Diktator wünscht".

Im Dezember begann eine Serie 'Hitler als Erzieher', in der monatlich bis Juli 1932 dessen äußerer Werdegang und weltanschauliche Positionen wiederum anhand der zwei Bände 'Mein Kampf' beschrieben wurden<sup>61</sup>. Hierbei bemühte sich Messer um eine vorurteilsfreie Auswahl der Zitatstellen, sowie sachliche

<sup>59</sup> Philosophie u. Leben 1932, Heft 8, S. 232

<sup>60</sup> 'Hitlers polit. Ziele', S. 150

<sup>61</sup> Ähnliche Serien waren zuvor über andere Gestalten der Zeitgeschichte erschienen, s. oben Abschnitt 'Zu Zielsetzung u. Aufbau d. Zeitschrift'. Daß Messer sich mit den Betreffenden eingehender beschäftigte, bedeutete keineswegs von vornherein Anerkennung. - Hitler als Volkserzieher auch als Vortrag in Versammlung des DRLB am 9.5.1931 in Gießen s. Wegweiser Januar 1932, S. 20f.

Zusammenfassungen und setzte relativ knappe persönliche Stellungnahmen von den rein darstellenden Teilen deutlich ab. Seine Bewertungen bezogen sich vor allem auf die Schwerpunkte "naturalistische Weltanschauung Hitlers", Gegnerschaft zum Parlamentarismus und Hitlers Kampf gegen den Marxismus.

Hitlers einseitige Fixierung auf das "Vorrecht von Kraft und Stärke" provozierte die Kritik des Idealisten, da "für das Wesen des eigentlich geistig-sittlichen Lebens" und das Prinzip Freiheit kein Raum blieb. Die Subsumierung alles Kulturlebens unter den Rassegedanken, die Verabsolutierung des Arieriums interpretierte Messer als Ausdruck "völkischer Ersatzreligion", die mit blindem Fanatismus verbreitet werde. Er konnte nicht akzeptieren, daß die geistig-sittliche Persönlichkeit nur ein einfaches Naturprodukt, ein gleichsam notwendiges Ergebnis von Blut und Rasse sein sollte<sup>62</sup>. Vom "Machtrausch getriebenes, chauvinistisches Denken" sei die Folge von Hitlers naturalistischer, menschenverachtender Grundanschauung, es führe zum "utopischen Ziel einer deutschen Weltherrschaft, zu der der Weg durch ein Meer von Blut hindurch gehen müßte"<sup>63</sup>. Dies Ziel erscheine unvereinbar mit deutsch-christlicher Ethik. "Aber auch wer es bejahte, müßte bei klarem Wirklichkeitssinn urteilen, daß der Versuch, es zu erreichen, aller Wahrscheinlichkeit nach zum Verderben Deutschlands gereichen muß. Kann bei dieser Sachlage ein seiner Verantwortung bewußter deutscher Erzieher und Lehrer mit gutem Gewissen Adolf Hitler als Führer Gefolgschaft leisten?!"

Menschenverachtung sah Messer ebenso als eine wesentliche Komponente des Kampfes gegen den Parlamentarismus. Trotz aller damals im politischen Alltag zutage getretenen Mängel stand für ihn der Leitgedanke der Demokratie, die individuellen Rechte zu sichern und den Einzelnen in Pflicht- und Verantwortungsbewußtsein am Staatsleben zu beteiligen, unvergleichlich höher als eine Alleinherrschaft, die Unselbständigkeit und Unmündigkeit erzeugt. "Eine Diktatur würde vermutlich noch drückendere Mißstände mit sich bringen, sofern sie der Willkür des Diktators und seiner Clique Tür und Tor öffnet und die Kontrolle durch Parlament und Presse wegfiel!"<sup>64</sup> Schließlich prägten nach Messers Überzeugung Verallgemeinerungen, flüchtige Gefühlseindrücke und höchst bruchstückhaftes Wissen - wie übrigens bei den vorgenannten Schwerpunkten auch - Hitlers Verdammungsurteil über den Marxismus. Die dabei festzustellende Vermischung des Rassismus mit dem Problem der Sozialisierung der Wirtschaft lasse beispielsweise erkennen, daß sachliche Analyse im ganzen fehle.

Der Schluß der Serie brachte ein ziemlich zurückhaltendes Fazit: Anerkennung könne man Hitler zollen für sein Streben, das deutsche Volk "wieder aus seiner

<sup>62</sup> Die Schule 1932, Heft 2, S. 5; Heft 7, S. 101; auch Philosophie u. Leben 1932, Heft 3, S. 79

<sup>63</sup> Die Schule 1932, Heft 2, S. 23

<sup>64</sup> Die Schule 1932, Heft 2, S. 22

Not emporzuführen", bei solcher Anstrengung die eigene Person nicht zu schonen und Opfer zu bringen. Je intensiver man sich indes mit seinen Ideen beschäftige und den Methoden ihrer Realisierung, "umso schwerer muß uns die Frage auf das Gewissen fallen, dürfen wir - eben als verantwortungsbewußte, nüchterne und illusionslos denkende Deutsche - in diesem so suggestiv wirkenden Manne bereits jetzt einen echten 'Führer' und 'Volkserzieher' sehen?!" Wenn die nationalsozialistische Bewegung wirklich die sittliche Erneuerung des deutschen Volkes beabsichtige, dann werde dies nicht schon mittels Machtpolitik, nämlich das Erringen der politischen Herrschaft erreicht. Sittliche Erneuerungsarbeit sei eine langwierige, mühsame Sache und die Anhänger des Nationalsozialismus müßten bei sich selbst damit anfangen und "ihre Ehre darin sehen, durch äußere und innere Straffheit und Vornehmheit der Haltung, durch Selbstdisziplin, hervorragende Pflichttreue es ihren Mitbürgern zu vorzutun"<sup>65</sup>.

In seiner Zeitschrift 'Philosophie und Leben' setzte sich Messer Anfang 1932 (besonders März und April) ebenfalls mit der NS-Ideologie auseinander, indem er vor allem Alfred Rosenberg und Moeller van den Bruck vorstellte. Diese seine Haltung stieß auf Unverständnis und Kritik. Die Zeitschrift 'Sozialistische Bildung' (Mai 1932) und ein sehr polemischer Artikel Ludwig Marcuses in der Wochenschrift 'Das Tagebuch' (März 1932) warfen ihm Naivität beziehungsweise Feigheit vor. Mit ausführlichen Zitaten aus Nazi-Schriften fördere er die Verbreitung des Nationalsozialismus, seine kritischen Anmerkungen seien lächerlich, halbherzig und bedeuteten nichts anderes als "den Kotau vor skrupellosen Machtjägern"<sup>66</sup>. Die Entgegnung des Angegriffenen legte Zeugnis ab von seiner Redlichkeit und seinem Großmut. Er war überzeugt, daß sachliche Auseinandersetzung ja nur in Kenntnis des unverfälschten gegnerischen Standpunktes erfolgen könne, daher das unmittelbare, zitatenmäßige Heranführen an die Quellen. Zur Liberalität eines redlich Philosophierenden gehöre es, seine Schüler und Leser vor die Probleme zu führen und sich zu begnügen, ihnen Material und Anregung zu geben, ihre Stellungnahme selbst zu erarbeiten, daher die Zurückhaltung bei eigener Wertung. Außerdem hege er grundsätzlich den Glauben an das Gute im Menschen, und von diesem Glauben schließe er auch einen Hitler nicht aus. Obgleich in der NS-Bewegung "viel dumpfer Haß, Wahn, Zerstörungsdrang" wirke, gebe er die Hoffnung nicht auf, "daß auch Wertvolles daraus hervorgehen wird", da doch Hunderttausende junger Deutsche all ihren Idealismus und ihre Hingabe einbrächten.

Wichtig für das Verständnis von Messers Einstellung scheint die oben zitierte Frage, ob man schon jetzt in Hitler einen echten Führer sehen dürfe. Sie war für den Augenblick rhetorisch-ablehnend gedacht, hinter der Formulierung

<sup>65</sup> Die Schule 1932, Heft 7, S. 101.; ähnlich 1932 Heft 11, S. 162

<sup>66</sup> Zu dieser Kritik u. der Entgegnung s. Die Schule 1932, Heft 7, S. 99; Philosophie u. Leben 1932, Heft 6 S. 185f.

stand jedoch wohl die Vorstellung, der Parteiagitator könne einen positiven Entwicklungsprozeß durchlaufen, das Unreife, Extreme seiner Weltanschauung abstreifen. "Davon, daß Hitler und seine Gefolgschaft die Wendung zur mæze findet, wird es abhängen, ob die dämonische Kraft und Wucht ihrer Bewegung politisch und sittlich-geistig unserem Volke zum Heil werde oder zum Unheil, schrieb er im April 1932<sup>67</sup>. Zweifellos wurde Messer, wie viele seiner ebenfalls eher kritisch-nüchternen Zeitgenossen "von der turbulent um sich greifenden Aufbruchstimmung mitgerissen"<sup>68</sup>. Die sogenannte nationale Revolution überrollte manche Bedenken, und Verlautbarungen Hitlers unmittelbar nach der Machtergreifung (beispielsweise die Rundfunkrede am 1. Februar) täuschten gewandelte staatsmännische Besonnenheit vor, beschwichtigten Befürchtungen -auch im Ausland- signalisierten Versöhnungsbereitschaft, um die Zerrissenheit des Volkes zu überwinden. Berechtigte nicht zuletzt das große "Illusionsereignis von Potsdam" (Bracher) zur Hoffnung?

Die Hauptaufgabe der 'Schule', durch entsprechende Beiträge die Volkseinheit zu fördern, blieb nach Messers Meinung im neuen Deutschland weiterhin gestellt. Die Zeitschrift solle "Brücken schlagen", Verbindungen herstellen zwischen denen, die sich den bisher regierenden Parteien zugehörig fühlten und den neuen politischen Kräften. Es gelte nun in den anders-Denkenden nicht mehr die Gegner, sondern die Volksgenossen zu sehen, "die es doch auch gut meinen mit unserem Volk". Voraussetzung für gemeinsame Aufbauarbeit sei Pressefreiheit, in einem Brief an Goebbels Ende März 1933 appellierte er an ihn, dafür einzutreten<sup>69</sup>. In einer letzten Artikelserie ("Volkwerdung") verteidigte er nochmals bestimmte Prinzipien, von denen er sich wünschte, das Hitler-Regime könne sie akzeptieren - fraglich bleibt, ob er das wirklich erwartete. Glaubte er ernsthaft, eine Art Beeinflussung der Verantwortlichen sei möglich? Wollte er seinen Lesern aus dem früheren republikanischen Lager auf diese Weise Mut machen?

Kurz zusammengefaßt handelte es sich um folgende Punkte: Die erstrebte Volkseinheit müsse eine Einheit der Fülle, nicht der Gleichförmigkeit werden. Besonders geistige Gleichmacherei würde "eine trostlose Entleerung, Verarmung und Verödung des Geisteslebens bedeuten"<sup>70</sup>. Die Möglichkeit Kritik zu üben, dürfe man nicht beschneiden, da sonst kaum sachliche Entscheidungen zustande kämen und die Gerechtigkeit Einbußen erleide. Konkret warnte Messer davor, daß bei "falscher Handhabung" des Gesetzes zur Wie-

<sup>67</sup> Philosophie u. Leben 1932, Heft 4, S. 127

<sup>68</sup> J.C. Fest: Hitler, Frankfurt, 4. Auflage 1973, S. 514; 523; K.D. Bracher/ W. Sauer/ G. Schulz: Die nationalsozialist. Machtergreifung, Köln, 1960, bes. S. 264f.

<sup>69</sup> Die Schule 1933, Heft 3, S. 33f.; ähnlich Heft 4, S. 49 u. S. 56

<sup>70</sup> Die Schule 1933, Heft 4, S. 56; schon 1929 Heft 6, S. 81: "Es ist doch gänzlich unmöglich, daß diese Einheit auf dem Wege Wirklichkeit werde, daß eine Richtung im polit., religiösen, pädagog., usw.

Gebiet zur allein herrschenden werde". - Verantwortliche Haltung des Staates gegenüber Kulturgütern s. A. Messer: Ethik, Leipzig, <sup>2</sup>1925, S. 106

derherstellung des Berufsbeamtentums (7.4.1933) die Chance zur Volkseinheit auf lange Zeit vertan werde. Denunziation aufgrund privater Gehässigkeiten, das Herumwühlen in der Vergangenheit des einzelnen Beamten drohe das Klima zu vergiften. "Am sichersten wird man die Gefahr 'nationalen' Pharisäertums und kleinlicher Splitterrichterei vermeiden, wenn man jedem der bisher treulich seine Berufspflichten erfüllte, diesen Dienst an der Nation als praktischen Erweis 'nationaler' Gesinnung anrechnet"<sup>71</sup>. Nur differenzierendes Denken und das Loskommen von der "unheilvoll-suggestiven Wirkung von Schlagworten" gewährleiste eine fruchtbare Weiterentwicklung. So unternahm Messer einen letzten Versuch, die von Mißverständnissen beziehungsweise einseitig-ideologischen Interpretationen befreiten Begriffe Liberalismus, Marxismus (historischer Materialismus) und Pazifismus in ihren kulturhistorischen Zusammenhängen zu erläutern.

Daß die Nationalsozialisten derartige mit Kritik durchsetzten Darlegungen zunächst überhaupt noch zuließen und Messer als Herausgeber der 'Schule' bis November 1933 fungieren konnte, ist erstaunlich. Grundsätzliche Ablehnung der Zeitschrift hatte 'Der Stürmer' schon 1925 kurz nach ihrem ersten Erscheinen überdeutlich ausgedrückt. Als "ein Unternehmen des internationalen Judenlogentums" gleiche sie einem "Tümpel, der krank macht, wenn man aus ihm trinkt. Eltern und Schüler, die sich an solche Kost gewöhnen, gehen an seelischer Abzehrung zugrunde und werden reif für einen schwarz-rot-goldenen Weltbürgerstaat, in welchem der Sechsstern Alljudas das Hoheitszeichen bilden soll"<sup>72</sup>. Auch danach war Messer angegriffen worden, beispielsweise vom 'Völkischen Beobachter' im Januar 1932, der seinen angeblich marxistischen Pazifismus geißelte<sup>73</sup>. Außerdem hatte man ihm im Mai 1933 die Lehrbefugnis entzogen, wenngleich zum 1. August doch noch eine ehrenvolle Emeritierung erfolgte<sup>74</sup>. Ende des Jahres 1933 wurde Messer dann die weitere Herausgabe 'seiner' Zeitschrift untersagt und die redaktionelle Verantwortung vorübergehend auf Dr. Karl Heitkamp übertragen. Ab Februar 1934 erhielt der Titel 'Die Schule' den Zusatz "im nationalsozialistischen Staat" mit der Unterzeile: "Ein Volk. Ein Reich. Eine Schule. Für Volksgemeinschaft und Führertum". Der neue Herausgeber, Prof. Dr. Hans Cordes erklärte: "Auch diese Zeitschrift will sich in die Front der Kämpfer für die Idee des Nationalsozialismus eingliedern und an ihrem Teile dazu beitragen, die gesamte Erziehung in Schule und Haus mit nationalsozialistischem Geist zu durchdringen, damit dem Anspruch auf Ausschließlichkeit, den der Nationalsozialismus mit Recht erhebt, Genüge geschieht"<sup>75</sup>.

<sup>71</sup> Die Schule 1933, Heft 6, S. 83; Heft 4, S. 56: Es wäre töricht, "ein neues Parteibuchbeamtentum oder -lehrertum zu schaffen".

<sup>72</sup> Überschrift des Artikels: Ein neuer Judenschwindel; abgedruckt in: Die Schule 1925, Heft 3, S. 43

<sup>73</sup> Abgedruckt u. kommentiert in: Die Schule 1932, Heft 3, S. 33

<sup>74</sup> Dazu: Gundel/Moraw/Press a.a.O. S. 648; Frontabschnitt Hochschule S. 147

<sup>75</sup> Februarheft, Vorderseite